

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

263 (23.9.1921) Erstes Blatt

**Zeugpreis:**  
in Karlsruhe frei ins Haus  
gesteuert monatlich 6.— Mf.,  
in den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 5.50 Mf.,  
auswärts durch unsere  
Agenturen bezogen 6.— Mf.  
monatlich durch den Brief-  
träger frei ins Haus gebracht  
monatlich 6.— Mf., Viertel-  
jährlich 18.— Mf.

**Verlag, Schriftleitung und  
Geschäftsstelle** Ritterstr. 1.  
Sprechstunde der Redaktion  
11—12 Uhr vormittags.

# Karlsruher Tagblatt

**Anzeigen:**  
die sechs Nonpareilzeile  
oder deren Raum a) lokal  
1.40 Mf. b) auswärts 1.60 Mf.  
Reklameteile 6.— Mf.,  
an erster Stelle 5.50 Mf.,  
Nacht nach Tarif.  
Anzeig.-Annahme bis 12 Uhr  
mittags; kleinere Anzeigen  
spätestens bis 4 Uhr nachm.  
Reklamenschaltfläche:  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Verlag Nr. 21 n. 207,  
Schriftleitung 20 n. 894,  
Dauerschaltfläche Nr. 19.

**Badische Morgenzeitung**

Mit der Wochenschrift  
**„Die Pyramide“**

**Badische Morgenpost**

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

Chefredakteur: Hermann v. Lauer. Verantwortlich für Politik: Fritz Schradt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Fohr  
für Interim: Heinrich Schrieber. Druck u. Verlag: C. S. Müller & Co. Hof- und Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Fügler, Berlin-Tankwitz, Mozartstr. 37. Telefon Zentrum 423  
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 263.

Freitag, den 23. September 1921

Erstes Blatt.

## Regierung und Deutschnationale.

Die deutschnationalen Abgeordneten des Landtages haben an die Regierung drei Anfragen gestellt: eine Anfrage über das Verbot der Süddeutschen Zeitung, eine Anfrage über das Verbot der Regimentsfeiern und eine Anfrage über die Demonstrationen in Heidelberg am 31. August. Die Anträge wurden in der gestrigen Sitzung des Landtages von den Antragstellern begründet und vom Minister des Innern, Herrn Kemmele, beantwortet. Staatspräsident Trunk ergänzte die Ausführungen des Ministers des Innern. Da vorauszuversetzen war, daß die Sitzung nicht ohne hochpolitische Debatten verlaufen werde, drängte sich auf den Tribünen viel Publikum. Ueber dem Haus lag unverkennbar eine starke Spannung. Das Publikum kam auf seine Kosten, bedauerliche Zwischenfälle schufen schnell erregte Stimmung, scharfe Worte fielen.

Ob die Antragsteller mit dem agitatorischen Erfolg ihres Vorgehens gegen die Regierung zufrieden sind, möchten wir bezweifeln. Das Beste wäre wohl gewesen, die Anfragen wären rechtzeitig zurückgezogen worden, denn die Regierung, die sie im Landtag hervorbringen mußten, ist im Reich glücklicherweise schon zurückgedämmt, der Wille zur ehrlichen, sachlichen Mitarbeit zur Stärkung und Erhaltung der Republik hat im Reich Boden gewonnen. Und wir hoffen, daß er auch in Baden an Kraft gewinnt.

Die Stellung der Regierung gegenüber den Anträgen war von vornherein nicht unangenehm. Nur die Antwort auf die Anfrage über das Verbot der Regimentsfeiern dürfte ihr einige Sorge verursacht haben, da eine gewisse Mißstimmung über dieses Verbot sich in der Bevölkerung bemerkbar gemacht hat. Den Angriff mit dem Verbot der Süddeutschen Zeitung wehrte Minister Kemmele geschickt und mit Erfolg durch den Hinweis ab, daß es sich um eine Zeitung handelt, deren Erscheinungsort außerhalb Badens liegt. Die Regierung habe keinen Anlaß, sich für eine außerbadische Zeitung einzusetzen. Wenn wir auch Gegner der Zeitungsverbote im allgemeinen sind — allerdings aus anderen Gründen als sie die Deutschnationalen gestern vorbrachten — so scheint uns doch das Verhalten der badischen Regierung gegenüber dem Verbot der Südd. Zeitung korrekt zu sein. Bei dem Verbot der Breisgauer Zeitung glaubte sich die Regierung im Recht und war es formell auch. Die Aufhebung des Verbotes durch Berlin erfolgte nicht wegen formeller Unrichtigkeit, sondern mit Rücksicht auf gewisse Gegebenheiten bei Ausübung der Zensur. In Berlin war man nicht für das Verbot wegen eines Artikels, der bereits in einer anderen Zeitung unbeanstandet (in diesem Fall im Berliner Tag) veröffentlicht wurde.

Auch in der Antwort auf die Anfrage wegen der Vorfälle am 31. August in Heidelberg konnte Minister Kemmele nachweisen, daß die Regierung kein Verschulden trifft. Er bedauerte die Vorgänge. Er sieht ihre Urheber in nichtorganisierten Teilnehmer an der sozialdemokratischen Kundgebung.

Bei Behandlung des Verbotes der Regimentsfeiern war die Bereitwilligkeit der Regierung unverkennbar, der allgemeinen Stimmung Rechnung zu tragen und die Feste sobald als möglich freizugeben. Auch der Zentrumsrat, der Abg. Schöfer, äußerte den Wunsch nach baldiger Aufhebung des Verbotes, wenn er auch von der Notwendigkeit einer gewissen Vorsicht gegenüber diesen Festen sprach.

Nach Minister Kemmele sprach Staatspräsident Trunk über die Gründe, die die badische Regierung bewegen, vorbehaltlos die Bestimmungen der Reichsregierung anzunehmen und durchzuführen. Wir haben seinerzeit den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung ohne Zweifel verfassungsmäßig das Recht zu ihren Notverordnungen hat, wir bezweifelten jedoch das Vorliegen der Voraussetzungen für die Verordnung und die Entwicklung dürfte uns nicht Unrecht gegeben haben. Ueber das Vorhandensein der Voraussetzungen konnte man natürlich verschiedener Auffassung sein. Da die badische Regierung sich in der Beurteilung der politischen Lage der Auffassung Berlins angeschlossen hat, konnte sie in korrekter Beachtung der Reichsverfassung nicht anders handeln, als den Maßnahmen der Reichsregierung Geltung zu verschaffen. Wir freuen uns zu hören, daß die badische Regierung trotzdem nicht verfehlt hat, in freundschaftlicher Weise in Berlin zu erklären, daß eine vorherige Verständigung mit den Ländern wünschenswert gewesen wäre. Und wir bezeichnen mit Genugtuung die Ver-

handlung des Staatspräsidenten, daß sich die badische Regierung von niemand in der Wahrung ihrer Selbständigkeitsrechte überreifen lasse. Man wird dies gerne im Lande hören, daß wir „Badener sein und bleiben wollen“, daß wir trotzdem nach guter badischer Tradition treu zum Reich stehen.

Die Rede des Staatspräsidenten wurde durch ein sehr bedauerliches Vorkommnis gestört. Der

Abg. Mager von den Deutschnationalen fühlte sich durch den Ausdruck Reichsbolschewisten, den der Staatspräsident brauchte, getroffen, schlug mit der Faust auf sein Pult und ließ sich dazu hinreißen, die Ausführungen des Staatspräsidenten als Unverschämtheit zu bezeichnen. Diese Entgleisung ist außerordentlich zu bedauern. Es lag kein Anlaß für den Abg. Mager vor, sich betroffen zu fühlen, da der Ausdruck Reichsbolsche-

wisten in einem Sinne gebraucht wurde, der keinen Vorwurf für die Deutschnationalen enthält. Staatspräsident Trunk stellte dies auch ausdrücklich fest. Der Abg. Schöfer charakterisierte das Verhalten des Abg. Mager in feiner Weise. Wir wünschen, daß der badische Landtag künftighin nicht mehr geschmäleret wird in seinem Ruf, daß in ihm die parlamentarischen Formen am besten gewahrt werden.

## Eine hochpolitische Landtagsitzung.

Die Deutschnationalen in Angriff und Abwehr.

1. Karlsruhe, 22. Sept. Präsident Dr. Kopf eröffnete die Sitzung um 3.30 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er der

**Katastrophe in dem Dypner Berg.**

Ein furchtbares Unglück hat einen großen Teil der badischen und bayerischen Bevölkerung heimgesucht. Die furchtbare Explosion hat grauenhaften Schaden an Leben und Vermögen angerichtet, wie man es kaum für möglich gehalten hätte. Wenn auch noch nicht der ganze Umfang des Schadens übersehen werden kann, so scheint doch jetzt schon festzustellen zu können, daß viele Hunderte von Menschenleben von der furchtbaren Katastrophe betroffen worden sind und grauenhafte Vermisungen an Eigentum und Fabrikanlagen hervorgerufen wurden. Wir beklagen es, daß so viele Menschenleben hier das Opfer treuer Pflichterfüllung geworden sind. Tief erschüttert sprechen wir den Angehörigen der Verstorbenen unser herzlichste Beileid aus. Mögen sie an der Hilfsbereitschaft und in dem Bemühen treuer Pflichterfüllung im Dienste der Arbeit einen Trost finden. Unsere ganze Hilfsbereitschaft wollen wir zugunsten der Verunglückten und Geschädigten zur Verfügung stellen. Hoffen wir, daß die Zeit die schweren Schäden heilen wird. Möge Gott der heimgegangenen Bevölkerung behilflich sein, ihr Leid zu tragen.

Das Haus erhob sich zum Gedächtnis der Verunglückten.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Das Haus und die Tribünen waren dicht besetzt.

**Zur Begründung der Förmlichen**

**Anfragen der Deutschnationalen**

erhielt zunächst das Wort

Abg. D. Mager (D.N.). Er schickte der Begründung der Anfragen voraus, daß er wegen des Druckes, unter dem alle infolge des großen Unglücksfalles in Ludwigschafen und Mannheim stünden, sich an den Präsidenten gewandt hätte mit der Erklärung, daß sich die zu besprechenden Gegenstände vielleicht für die heutige Tagesordnung nicht eigneten. Der Präsident habe es angeht der Geschäftslage des Hauses nicht für angängig gehalten, eine ganze Nachmittagsitzung ausfallen zu lassen, es müßten denn die Anfragen zurückgezogen werden. Der Redner stellte dann noch fest, daß der Regierung noch vor den Presseveröffentlichungen die Anfragen schriftlich eingereicht worden wären. Die erste Anfrage bezieht sich auf das

**Verbot der Süddeutschen Zeitung**

und neuerdings der „Breisgauer Zeitung“ in Freiburg. Ich unterlasse es, zu untersuchen, ob der Erlaß vom 29. August sich in der Tat rechtfertigen läßt als eine Auswirkung des § 48 der Reichsverfassung und ob die Voraussetzungen zu dem Erlaß in den damaligen Umständen des Deutschen Reiches gegeben waren. Man könnte den Eindruck haben, daß der Erlaß schon vorher formuliert war, um im geeigneten Zeitpunkt erlassen zu werden. Benutzt wurde dazu der nicht genug zu verdamme Mord an dem Reichstagsabgeordneten Erzberger. Daß die Regierung aber diesen Fall benutzte hat, um eine scharfe Wendung gegen uns auf der Rechten einzunehmen und zu scharfen Verwaltungsmaßnahmen zu schreiben, die eine Einschränkung unserer politischen Bewegungsfreiheit bedeutete, bedauern wir. Die Reichsregierung hatte hierbei ein doppeltes Mißgeschick. In einem Kommentar hat sie den Erlaß auch aus Rücksicht ausdehnen müssen und das Verbot einer Reihe von Zeitungen wieder aufheben müssen, bevor die Sperrzeit abgelaufen war.

Die badische Regierung hat nun in den letzten Tagen die „Breisgauer Zeitung“ auf fünf Tage verboten wegen eines Artikels, der nichts anderes darstellt als den Abdruck eines unbeanstandeten Aufsatzes des „Tag“. Man kann zu dem Schluß kommen, daß bei dieser Maßnahme die Regierung es an sorgfältiger Prüfung hat mangeln lassen und mechanisch reagiert hat, zumal die Freiburg erscheinende „Volkswacht“ verlangte, daß „der Breisgauer Zeitung“ endlich einmal das Schandmal gestopft werde.“ Inzwischen ist das von der badischen Regierung verhängte Verbot von der Reichsregierung noch vor Ablauf der Sperrfrist auf-

gehoben worden; diese Aktion bedeutet tatsächlich eine Bloßstellung der badischen Regierung.

Hierauf wandte sich der Redner gegen den Antrag der badischen Regierung in einem Augenblick, wo die ganze Parteilichkeit der Reichsmaßnahmen zutage gelegen habe, und die badische Regierung sich nicht geistig habe, mit deutlichen Worten gleichfalls Partei zu nehmen gegen eine immerhin nicht bedeutungslose Anzahl badischer Bürger. Solange die Regierung sagt, „zum Schutze der Verfassung hat die Reichsregierung außerordentliche Maßnahmen treffen müssen, die unsere volle Zustimmung finden und in Baden mit gerechter Strenge angewandt werden sollen“, können wir nicht an die Unbefangenheit der Regierung glauben und ihr das Vertrauen nicht schenken. Ich warne vor solchen Maßnahmen und solchen Verfahren. Täuschen Sie sich auf keiner Seite des Hauses darüber, daß solche Maßnahmen ein sehr zweifelndes Schwert sind.

Das Verbot des Uniformtragens bedeute einen Eingriff in wohlerworbene Rechte und alle Versuche, dieses Verbot zu begründen, sind hinfällig. Was aber das

**Verbot der Regimentsfeste**

betrifft und seine eigentümliche Begründung, so hat man Feste verboten, auf denen Kameraden, die in Mühe und Leid vier blutige Jahre zusammengestanden sind, Kameradschaft pflegen wollten. Die Begründung ist nicht nur mangelhaft, sondern sie muß auch Mißtrauen erzeugen. Ich möchte und hoffe, daß die Regierung ihre Stellungnahme und ihre Maßnahmen verbessert und beruhigende Erklärungen abgibt.

Die dritte förmliche Anfrage über die **Demonstration und Zusammenkünfte in Heidelberg**

am 31. August, in der von der Regierung Auskunft verlangt wird, warum sie nicht durch polizeiliche Machtmittel diesen Exzessen vorgebeugt habe, wurde von

Abg. Mager (D.N.) beantwortet, der u. a. ausführte:

Es ist merkwürdig, daß der Erlaß vom 29. August, der gegen rechts gerichtet ist, woher feinerlei Exzesse gegen den Staat erfolgten, die in der Anfrage genannten Folgen gerechtfertigt hat. Die „Freiburger Volkswacht“ und der „Volkswacht“ in Karlsruhe haben zur Gewalt gegen die rechtsstehenden Parteien aufgerufen, indem sie behaupteten, daß im November 1918 diese Herren nicht an die Kaserne gehängt wurden. Eine anständige Regierung hätte, nachdem solche Auforderungen in den Zeitungen standen, Vorvorkehrungen treffen müssen.

Präsident Dr. Kopf: Darin liegt ein Vorwurf, daß die Regierung nicht anständig wäre. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Mager (fortfahrend): Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, Vorvorkehrungen zu treffen, um jederzeit bei Ausschreitungen durch die Polizei eingreifen zu können. Der Redner wies dann auf die gewalttätige Entfernung der Postlerantenschilder, Mißhandlungen von Personen, verbotene Gefangenbefreiung, die Beschädigung des Bismarckdenkmals hin und fuhr fort: Vielleicht steht der sozialistische Minister des Innern auf dem Standpunkt, daß das Erscheinen der Polizei eine Herausforderung der Masse bedeutet. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, dann ist auch die staatliche Autorität, deren sichtbarstes Zeichen die Polizei ist, eine Herausforderung der Massen. Der Redner fragte den Minister, wer es verlobet habe, daß das Eingreifen der Polizei in Heidelberg unterließ.

Für den Abg. Mager (Soz.) erteilt Abg. Marum (Soz.) das Wort, beruft sich aber ohne weitere Ausführungen auf den schriftlichen Antrag.

Hierauf erteilt der **Minister des Innern Kemmele**

zur Beantwortung der förmlichen Anfragen das Wort und führte u. a. aus:

Die beiden Herren Vorredner haben die Tatsache, daß das Volk durch den politischen Mord erregt war, vollständig außer Acht gelassen. Die Demonstration in Heidelberg war eine Folge

der Ermordung Erzbergers. Nach Schilderung der Vorgänge verwarf sich der Minister gegen die Annahme, wie sie in der Anfrage ausgesprochen war, daß eine Verfügung vom Ministerium hinausgegangen sei, wonach keine Maßnahmen gegen Zusammenkünfte ergriffen werden sollten; vorher war mit den Führern des Demonstrationstages wegen Verbinderung unliebsamer Dinge verhandelt worden.

Ferner weist der Minister des Innern darauf hin, daß von einer absichtlichen Beurteilung der Polizeibeamten nichts bekannt sei, behält sich aber vor, hierauf zurückzukommen, da er gerade telephonisch in Heidelberg wegen dieser Angelegenheit anfragen lasse. Was das Verbot der Regimentsfeste anbelangt, so ist es notwendig, daß solche, die Bevölkerung erregende Veranstaltungen verhindert werden, wenn sie immer zu rechtsagitativen Zwecken ausgenutzt werden.

Auf das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“, eingehend, das in der förmlichen Anfrage berührt wird, legt der Redner dar, daß diese Zeitung in Stuttgart erdient und die badische Regierung keine Veranlassung hätte nehmen können, sich dieser Zeitung anzunehmen. Die „Süddeutsche Zeitung“ sei in der Anfrage als einziges ausgesprochenes deutschnationales Organ bezeichnet worden, es sei deshalb nicht richtig, wenn sich Dr. Mager auf für die „Breisgauer Zeitung“, die von badischen Innenminister verboten war, einsetzt. Die Dinge, die in Freiburg von einem Druck der „Volkswacht“ auf den Minister Kemmele umzuwandeln, sind völlig aus der Luft gegriffen. Das Verbot der „Breisgauer Zeitung“ ist wegen des Angriffes auf den heiligen Ministerpräsidenten erfolgt und mußte energisch durchgeführt werden. Es muß mit aller Energie gegen die autage tretende Vermilderung der Presse eingeschritten werden. Ich stelle fest, daß die badische Regierung in den 2 1/2 Jahren stets bestrebt war, nach Recht und Gerechtigkeit zu handeln. Daß diese Maßnahmen zum Schutz der Republik notwendig wurden, erklärt sich aus der Zeitlage heraus. Zum Schluß stellte Minister Kemmele fest, daß zur Zeit des Unmaßes in Heidelberg keine unvorchriftsmäßige große Zahl von Polizeibeamten beurlaubt war.

Hierauf erteilt

**Staatspräsident Trunk**

das Wort und führte aus:

Der Reichspräsident sah die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Reiches als erheblich gefährdet an. Nach dem 26. August war die Ordnung und Sicherheit des Reiches aufs äußerste gefährdet gewesen. Im Frühjahr haben die kommunistischen Aufstände die Existenz des Reiches gefährdet und die Freiheiten haben nicht aufgehört. Die bolschewistischen Freiheiten von rechts waren genau so stark, wenn nicht gefährlicher. (Zwischenruf des Abg. Mager.) Präsident Trunk (erregt fortfahrend): Das ist richtig auf Grund dessen, was in München vor sich gegangen ist. Abg. Mager: Unverschämtheit! (Großer Lärm; Ruf von links: Vaterlandsverräter!) Präsident Dr. Kopf: Herr Abgeordneter, ich warne Sie wiederholt und muß nach zweimaligem Ordnungsruf andere Maßnahmen ergreifen. (Ruf links: Raus mit dem Kerl!) Abg. Mager (D.N.): Warum wird der Herr Staatspräsident nicht zur Ordnung gerufen? Präsident Dr. Kopf: Darüber habe ich zu entscheiden. Ich habe den Eindruck, daß der Herr Staatspräsident eine allgemeine Bemerkung gemacht hat.

Staatspräsident Trunk (fortfahrend): Ich habe eine Bemerkung gemacht, von links- und rechtsbolschewistischen Freiheiten, die die deutschnationale Partei nicht auf sich beziehen muß und habe an Abg. Mager nicht einmal gedacht. (Lachen und Handeklatschen auf den Tribünen.)

Präsident Dr. Kopf: Wenn die Galerie sich nicht ruhig verhält, werde ich sie räumen lassen.

Staatspräsident Trunk (fortfahrend): Infolge der Kenntnis der politischen Lage und der ungeheuren Gefahr, in der unser Land schwelgt, stand die badische Regierung zur Reichsregierung. Das habe ich noch in einem Brief an den Abg. Schöfer erklärt. Wir haben auch gewünscht, daß die Reichsregierung sich vor dem Erlaß der Reichspräsidentenverordnung mit den

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten sowie „Karlsruher Herbstwoche 1921“.

Ändern ins Benehmen gesetzt hätte und haben dies in freundschaftlicher Weise in Berlin zum Ausdruck gebracht. Auch die badische Regierung wird sich in der Wahrung der Polizei- und Justizhoheit von keinem anderen Lande überlassen lassen.

In der sich an die Interpellationen anschließenden

Besprechung.

erhielt das Wort zunächst

Abg. Dr. Schofer (Str.):

Der Schwerpunkt der Aussprache liegt in dem Verbot der Süddeutschen Zeitung. Die Ausschreitungen in Heidelberg werden von uns rechtlos verurteilt. Ich glaube, es kann der Regierung kein Vorwurf gemacht werden, daß sie ihre Pflicht nicht getan hat.

Der Staatspräsident verlas ein Beleidigungsgramm des Reichspräsidenten Dr. Brüning, in dem für die durch das Doppler Unglück Geschädigten von der Reichsregierung 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden und ein Beleidigungsgramm der russischen Kolonie in Baden-Baden.

Abg. Marum (Soz.):

Die Deutschnationalen wehren sich gegen die Ausnahmemaßnahmen und den Belagerungszustand und spielen sich als Schützer der Pressefreiheit auf. Ich bezeichne das als eine ganz gewöhnliche Heuschrecke. Im Namen meiner Freunde erkläre ich, daß die Verordnung erlassen werden mußte; trotzdem wir Gegner jedes Ausnahmezustandes sind, erkennen wir an, daß die Verordnung nötig war.

gen. Wir verlangen Demokratisierung der Verwaltung, Säuberung des Reichsheeres von Elementen, die nicht offen und ehrlich auf dem Boden der Remilitarität und der Verfassung stehen.

Präsident Dr. Kopp machte den Vorschlag, die Verhandlungen hier abzubrechen, wogegen die weiteren Diskussionsredner Einspruch erhoben.

Abg. Schön (Dem.): Es ist mit Recht von den Rednern ausgeführt worden, daß hinter den drei Anfragen staatspolitische Fragen sich verbergen. Wir befinden uns in der Erörterung über die Zweckmäßigkeit der heutigen Staatsform.

Abg. Dr. Kraus (Soz.): Ich bin von der Heidelberger Arbeiterkammer beauftragt worden, die Anklagen wegen der Ausschreitungen richtig zu stellen. Es ist nicht wahr, daß irgend jemand von uns in Heidelberg zu Gewalttaten gegen rechts aufgefordert hat.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, Landtagswahlgesetz, zweite Lesung der Gemeindeordnung. Schluß 8.32 Uhr.

Badische Politik.

Anträge an die Regierung.

1. Karlsruhe, 22. Sept. Im badischen Landtag haben die Zentrumsabgeordneten Wiedemann und Gen. den Antrag an die Regierung gestellt, in den nächsten Staatsvoranschlag Mittel einzustellen, damit arme bedürftige Gemeinden Stromzuschüsse auch für ihre Elektrizitätsversorgung bekommen können.

Die Stadt Heidelberg hat an die Regierung und den Landtag eine Eingabe gerichtet, in der sie um Unterstützung ihrer Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge bittet. In der Begründung zu der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Stadt neben der großen Summe von 62 Mill. Mark zur Befämpfung der Wohnungsnot auch schon 15 Millionen Mark zur

Schaffung von Notstandsarbeiten ausgeben mußte. Ein Viertel sämtlicher badischer Arbeiter entfällt auf Heidelberg.

Landtagskandidaturen.

1. Bruchsal, 22. Sept. Wie der „Bruchsaler Bote“ von gut unterrichteter Seite erfährt, ist Bürgermeister Juller aus Mingsolmsheim vom Landbund als Spitzenkandidat für den 5. Wahlkreis aufgestellt worden.

Zur Frage der Sonntagsruhe im Tabakhandel.

Man schreibt uns vom Gewerkschaftsbund der Angestellten:

Während man sich in den übrigen Geschäftszweigen allmählich mit der derzeitigen Regelung der Sonntagsruhe abzufinden beginnt, tritt in den Kreisen der Zigarrenhändler in letzter Zeit das Verlangen nach Einräumung einer gewissen Sonntagsverkaufszeit in immer stärkerer Maße hervor. Zur Begründung wird auf den nachgerade überhandnehmenden illegitimen Verkauf von Tabakfabrikaten in Gastwirtschaften, Erfrischungshallen, Freizeitanlagen usw. hingewiesen.

Die Erhebung einer Wohnabgabe.

Der badische Handwerkstag, bestehend aus den vier badischen Handwerkskammern, dem Landesverband badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, den Landesfachverbänden des badischen Handwerks und dem Verband badischer Handwerker-Gesellschaften hat den badischen Landtag ersucht, bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe für Forderung des Wohnungsbaues entweder nach diesem Gesetze oder in der nach § 8 des Entwurfs vorgesehenen Verordnung des Staatsministeriums nachfolgende Bestimmungen festzusetzen:

- 1. Für die Bauarbeiten müssen angemessene Preise bezahlt werden.
2. Die Festsetzung der angemessenen Preise erfolgt von paritätisch zusammengesetzten Ausschüssen.
3. Bei Nichtanerkennung der von den Baubehörden des Landes und der Gemeinden für angemessenen gehaltenen Preisen kann das Handwerk Beschwerde erheben, bei einem Landeschiedsgericht, das sich ebenfalls paritätisch zusammensetzt.
4. Die Beschlüsse des Landeschiedsgerichts sind endgültig und können nur bei einem Wechsel, der bei der Beschlussfassung in Betracht gezogene Verhältnisse geändert werden.
5. Die einzelnen Bauarbeiten sind spätestens 2 Wochen nach Vollendung der Arbeiten abzuschließen.
6. Entsprechend den erreichten Leistungen werden den einzelnen Handwerkern Abschlagszahlungen gewährt.

7. Die Prüfung der innerhalb 14 Tage nach der Abnahme einzureichenden Rechnungen und die Begahlung der Endsummen erfolgt spätestens innerhalb drei Monaten nach Abnahme der einzelnen Arbeiten.

Der Antrag ist mit eingehender Begründung sämtlichen Landtagsabgeordneten zugestellt worden. Der badische Landtag darf, das ist die Auffassung des badischen Handwerks — diese Gelegenheit — gesunde Verhältnisse auf dem Bauplätze zu schaffen, nicht vorübergehen lassen. Das Gesetz, Erhebung einer Wohnabgabe betreffend bliebe ohne Verwirklichung der vorstehenden Forderungen eine Halbheit nicht nur, es würde auch dem Bauhandwerk von demernenden Schaden sein, da es die jetzigen unerhörten Verhältnisse verewigen würde.

Die Wohnabgabe.

Karlsruhe, 22. Sept. Der Haushaltsausschuß des Landtags hat die Beratungen über das Gesetz betreffend die Wohnabgabe zu Ende geführt und bestimmt, daß die Wohnabgabe vom 1. Oktober 1921 ab erhoben wird. Sie ist je zur Hälfte am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres fällig und wird 1921 Male am 1. April 1922 erhoben werden.

Der Tariffampf im Versicherungsgewerbe.

Die Angestellten der Karlsruher Lebensversicherung nahmen in einer Versammlung im Colosseum zu der Lage Stellung, wie sie durch den vom Schlichtungsausschuß beim Reichsarbeitsministerium geschaffenen Schiedspruch gegeben ist. Der Schiedspruch ist von den beteiligten Organisationen zur Ablehnung empfohlen worden. Die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften behandelten eingehend die Tarifstreitangelegenheit. Die anschließende Diskussion war sehr reger. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt:

Die von der Angestelltenkammer der Karlsruher Lebensversicherung a. G. abgehaltene Betriebsversammlung erhebt einstimmig energischen Einspruch gegen die vom Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen in den Tageszeitungen verbreitete Meldung, daß die Abgabe der Angestellten im Versicherungsgewerbe durch den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses im Reichsarbeitsministerium mit der verteuerten Lebenshaltung in Einklang gebracht seien. Die Angestelltenkammer im Versicherungsgewerbe verlangt eine den Verhältnissen tatsächlich entsprechende Entlohnung und bringt ihre ersten Forderungen zum Ausdruck, daß durch die andauernde Minderbezahlung gegenüber anderen Berufen und die dadurch verursachte Verdrückung ihrer Lebenshaltung auf die Dauer ihre Arbeitskraft noch weiter untergraben wird, so daß die Geschäftsbetriebe der Versicherungsgesellschaften und damit die Interessen der Versicherten notleidend müssen.

Laxin-Konfekt
Darmträgheit, Hämorrhoiden.

Konzerte.

Alfred Hoehn gab den Auftakt zur neuen Konzertreihe. Im ersten Konzert der sehr jugendlichen Konzertdirektion Kurt Reusfeldt hat der jugendliche Pianist, der in kurzer Zeit in die erste Reihe der Klavierkünstler vorgeführt ist, erneut Beweise seines hervorragenden Könnens. Zwar war das Programm diesmal überwiegend auf äußerliche Werte eingestellt, und man hätte gerade von Hoehn tiefer tieferliegende Werte vernommen, doch die erhellende Wiedergabe von seinen früheren Konzerten noch in bester Erinnerung steht. Doch hinterließ auch das jüngste Konzert nachhaltige Eindrücke. Kleinere Stücke der älteren Klaviermusik, unter ihnen die mit weichen, samtigen Tönen gespielten „Barricades mystérieuses“ des Franzosen F. Couperin, leiteten über zu Bachs Präludium und Fuge, Allegro, Es-Dur, die mit jugendlicher Kraft, hier und da allerdings etwas überhastet, wiedergegeben wurden. Chopinischer Klaviermusik ist Hoehn ein erfahrener Vermittler. So erfährt denn auch, neben drei kleineren Werken dieses Komponisten, die B-Moll-Sonate, op. 35, eine blendende Wiedergabe, wobei der in düsterer, geheimnisvoller Schwere gespielte Tranermarsch besonders rühmende Erwähnung verdient. In Liszts „Arcturion“ und dem „Mephistowalzer“ trat dann der Virtuose Hoehn in den Vordergrund; die in sprühenden Farben, mit fabelhafter Technik und faszinierendem Schwunge hingeworfenen Stücke fanden begeisterte Zustimmung. Alfred Hoehn dankte den begeisterten Hörern durch mehrere Zugaben.

Der Liederabend Gertrud Hepp, sehr gut besucht, gab wohl allen Anwesenden im Jahreszeitenlauf den zweifelsfreien Eindruck des Waltens echter Künstlerkraft in dieser jungen Sängerin. In einem sehr sinnig zusammengestellten Programm gab sie seine Blüten aus den reichen Gärten von Schumann, Brahms und Strauß, worin der ernste Grundton und eine leise Schwermut der Melodik den ungewungenen Grundton hatte. Offenbar findet das Organ der Künstlerin darin die härtesten und ihm angemessensten Ausdrucksmöglichkeiten; denn es ist ein weicher, äußerst sympathischer Mezzosopran von beträchtlicher Sattigkeit der Klangfarbe, namentlich in der Tiefe.

die schon Alltags ist. Er ist zudem meisterhaft behandelt und hält auch allen dynamischen Zwecken durchaus Stand. In der Höhe war vielleicht eine Indisposition zu überwinden; jedenfalls nichts, wogegen die Künstlerin vergebens ankämpfte. Der Gesamteindruck war bei sämtlichen Vorträgen der einer sicher und zuverlässig gepflegten Technik, die ganz in den Dienst gegangener musikalischer Intelligenz und feinsten Reife gestellt ist. Das sie in dem bekannten Dellbrunner Komponisten und Pianisten August Richard den entsprechenden Partner am Flügel gefunden hat, bedarf nicht erst rühmender Betonung.

Deutscher Physikeritag.

Aus Jena wird uns geschrieben: Im großen Saale des Volkshauses traten die deutschen Physiker zu ihrer diesjährigen Tagung zusammen. Mehr als 600 Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands haben sich eingefunden. Die Versammlung, die von Prof. Wien-München eröffnet wurde, wurde von Ministerialdirektor Wuttig im Namen des Ministers für Volksbildung begrüßt. Namens der Stadt wurde die Versammlung von Direktor Friede, namens der Universität von dem derzeitigen Rektor Prof. Weinel begrüßt.

Gleich der erste Vortrag, den Prof. v. Laue-Berlin über neuere Untersuchungen zur Optik bewegter Körper hielt, führte in das Gebiet der neuesten Entdeckungen und Theorien hinein. Der Redner führte aus, daß die Relativitätstheorie ihren Anstoß von dem Michelsonschen Versuch erhalten habe, durch den der Ätherwind nachgewiesen werden sollte, der ja bei der Bewegung der Erde durch den ruhenden Äther entstehen müsse, der aber durch die negativ ausgefallenen Versuche sich in keiner Weise nachweisen ließ. Weniger bekannt ist eine andere Versuchsserie, die in ihrer Absicht anfangs durchaus eng mit dem Äther verknüpft war. Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde durch Fréau experimentell bestätigt, daß die Geschwindigkeit eines bewegten Körpers sich nicht einfach zur Lichtgeschwindigkeit addiert, sondern durch den Brechungsindex etwas modifiziert wird. Um 1910 wurden dann von dem jungen Physiker Garres, der ein Opfer des Weltkrieges geworden ist, diese Versuche weiter

entwickelt, ebenso 1913 von dem französischen Physiker Saanae. Diese Versuche wurden als Beweis für das Vorhandensein des Äthers angesehen, aber gerade sie sind zu einer starken Stütze der Relativitätstheorie geworden, aus deren Voraussetzung sich die beobachtete Modifikation der Geschwindigkeit nicht nur ungezwungen ergibt, sondern geradezu erfordert wird.

Es sprach dann Bohle-Göttingen über „lichtelektrische Leitfähigkeit“. Man versteht darunter die Tatsache, daß die elektrische Leitfähigkeit eines Körpers bei Bestrahlung sich ändert, was zuerst beim Selen beobachtet worden ist. In den letzten Jahren hat man eine große Reihe von Körpern gefunden, die dieselbe Eigenschaft haben, und der Vortragende zeigte an Hand von Versuchen, wie verwickelt die Gesetzmäßigkeit dieser Vorgänge ist.

Den dritten Vortrag hielt Leithäuser-Berlin. Er behandelte „das Mehrfachtelegraphieren und Mehrfachsprechen auf Leitungen mit hochfrequenten Strömen“. Die großen Anforderungen, die der Verkehr an das Nachrichtenwesen stellt, legen den Gedanken nahe, ein und dieselbe Leitung mit verschiedenen Strömen gleichzeitig zu besetzen, die man auf der Empfängerseite durch Abstimmung wieder voneinander trennen und so zu gleicher Zeit mehrere Telegramme bzw. Gespräche über ein und dieselbe Leitung führen kann. Seit zwei Jahren wird im Reichsamt für technische Telegraphie dieses Gebiet bearbeitet. Zwischen Berlin und Hannover, Berlin-Dreslau, Berlin-Stralsund, Berlin-Damberg, und Frankfurt-Münden wird bereits mit gutem Erfolge mit diesen hochfrequenten Strömen gearbeitet, und das Reichsamt hofft, auf diesem wichtigen verkehrstechnischen Gebiet recht bald zu weiteren Vervollkommnungen zu kommen.

In der Abteilung für technische Physik hielt Prof. Ing. W. Sahn-Berlin einen Vortrag über „die technischen Einrichtungen des Reichsfunknetzes“. Vorgesetzt dient zur Ergänzung des vorhandenen Drahttelegraphennetzes, zur Verbesserung von einfachen und dringenden Telegrammen, ferner dem Funkverkehrsverkehr, d. h. der Beförderung besonderer Vorfalles Telegramme des In- und Auslandes. Das Anfang 1919 begonnene Reichsfunknetz besitzt an 17 größeren Orten Funkanlagen, die in direkter oder indirekter Verbindung mit der Hauptfunkstelle Königs-Wusterhausen bei Berlin stehen

und mit Sendern und Empfängern ausgerüstet sind. Außerdem sind 76 Funkempfangsstellen zur Aufnahme der Funknachrichten eingerichtet. Seit April 1920 gibt die Hauptfunkstelle Königs-Wusterhausen auch täglich mehrmals Wettermeldungen aus, die u. a. von den Reichstelegraphenverwaltung gehören. In Küstennähe Norddeich und Eismünde regelmäßig aufgenommen werden und für die Schifffahrt sehr wichtig sind. Interessant ist, daß sämtliche Sender nicht von der Hauptfunkstelle, sondern von Haupttelegraphenamt Berlin aus getastet werden. Versuche der Anwendung von Schnelltelegraphie sind sehr günstig verlaufen, und es konnte z. B. zwischen Berlin und London zeitweise mit einer Geschwindigkeit von 300 Buchstaben in der Minute gearbeitet werden; zwischen Berlin und Leipzig ist ein regelrechter Betrieb mit einer Geschwindigkeit von etwa 650 Buchstaben, entsprechend 150 bis 200 Telegrammen in der Minute eingerichtet. In kurzer Zeit wird neben der drahtlosen Telegraphie auch die Nachrichtenübermittlung auf drahtlos telephonischem Wege in Verwendung sein. Vor einiger Zeit wurden auch Versuche begonnen zur drahtlosen Übertragung der Darbietungen der Berliner Staatsoper. Hier ist zu berücksichtigen, daß die Musikübertragung besondere Anforderungen an die Aufnahme- und Wiedergabe-Apparate stellt, da ja hier auch das künstlerische Moment in Frage kommt. Ferner wurden Versuche mit drahtlosem Gegenprechen begonnen, die befriedigend verlaufen sind, und es war trotz zeitweiser harter atmosphärischer Störungen möglich, von verschiedenen gemöhnlichen Fernsprech-Apparaten innerhalb Berlins aus sich mit der dänischen Station Lyngby bei Kopenhagen zu unterhalten.

Prof. Dr. Dohme-Berlin zeigte in seinem Vortrag über „die Entwicklung des Fernsprechnetzes in Deutschland“ die großen Schwierigkeiten, die vor der Herstellung unterirdischer Fernsprechnetze auf weite Entfernungen zu überwinden waren. Durch Ausbarmachung der Fortschritte auf dem Gebiete der Fernsprechröhrenverstärker bei dem Fernnetz konnten die Anlagelosten ganz erheblich verringert werden, und es besteht jetzt die Absicht, die wichtigsten Verkehrsarten Deutschlands durch unterirdische Fernnetze miteinander zu verbinden. Mit diesem großzügigen Plan ist die Reichstelegraphenverwaltung ihrerseits befreit, an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken.

Die Antwort der Deutschen Volkspartei.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschickt:

Der Rede, die der Abg. Stresemann vorgelesen in der Reichstags-Sitzung am 22. Sept. die sie als Antwort auf die große Anfrage des Sozialdemokratischen Parteitag...

Wenn man jedoch innerhalb der Mehrheitssozialistischen Partei glaubt, von vornherein bestimmte Bedingungen aufstellen zu können und über die Zusammenarbeit im Reich u. in den Bundesstaaten der Deutschen Volkspartei...

Zusammentritt des Reichstages. Berlin, 22. Sept. Der Reichstag wird am Dienstag zusammenzutreten; jedoch soll der Reichstag mit seinen Arbeiten bestimmen.

Stegerwald amtsmüde? Berlin, 22. Sept. Stegerwald hat bei Dr. Borck angefragt, ob er gewillt wäre, das Reichsministerium zu übernehmen.

Sitzung des Uebervachungsausschusses. Berlin, 22. Sept. Die für morgen anberaumte Sitzung des Uebervachungsausschusses des Reichstages wurde am Samstag 10 Uhr vorzeitig verabschiedet.

Sozialdemokratische Drohungen. Auf dem Görliker Parteitag erklärte der Parteivorstand die Wels: „Wer es wagt, die Staatsform des Reiches anzutasten, der ist gesondert durch die größte Partei.“

1. Mai und 9. November gefeierte Feiertage? Görlich, 22. Sept. Der sozialdemokratische Parteitag hat Anträge betreffend Erklärung des 1. Mai und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen angenommen.

Uebertritt eines Thüringischen Ministers zur Sozialdemokratie. Berlin, 22. Sept. Der thüringische Minister, Reichherr v. Brandenstein ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten.

Ein Anklageverfahren gegen den sächsischen Kultusminister. Berlin, 22. Sept. Die „Post. Ztg.“ meldet: Der sächsische Kultusminister Fleißer hat in einer

Verammlung gesagt, daß unter Umständen auch mit Gewalt die Ziele seiner Partei erreicht werden müßten. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin ein Verfahren gegen ihn wegen Aufreizung zur Gewalt eingeleitet.

Bayern.

München, 22. Okt. Die drei bayerischen Koalitionsparteien im Landtag wollen einen Antrag einbringen, worin die Entfremdung des Münchener Polizeipräsidenten Böchner von seinem Posten gefordert wird.

Berlin, 22. Sept. Die Wahl des Grafen Verchenfeld zum bayerischen Ministerpräsidenten wird in hiesigen parlamentarischen Kreisen als ein lebhaft zu begrüßender Beschluß der bayerischen Parteien betrachtet.

Wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“ hört, hat der neue bayerische Ministerpräsident bereits die Absicht geäußert, persönlich die Verhandlungen mit der Reichsregierung zu einem guten Ende zu bringen. Er wird zu diesem Zweck bereits am Samstag in Berlin eintreffen.

Graf Hugo von Verchenfeld.

Graf Hugo von und zu Verchenfeld auf Aßfing, der neue bayerische Ministerpräsident, ist am 13. Oktober 1843 in Berlin geboren, wo sein Vater von 1839-1849 bayerischer Gesandter war. Er studierte in Bonn und München die Rechte, trat 1867 in Ministerium des Reichers ein und wurde Attaché bei der bayerischen Gesandtschaft in Paris.

Verchenfelds Programm.

Berlin, 22. Sept. Nach dem „Berl. Tagbl.“ hat Graf Verchenfeld in internen Kreisen sein Programm mit den Worten umschrieben: „Gründlich sozial, national-föderalistisch.“

Die Vertragsbrüchigen.

Seitdem der 15. September verstrichen ist, ohne daß die Zollgrenze im Westen von der Entente ihrem feierlichen Versprechen gemäß aufgehoben ist, gibt Heuter jeden zweiten Tag eine amtliche Verlautbarung heraus, nach der die Verhandlungen zwischen den Regierungen von London und Paris in gutem Fluß und von der Einigkeit der beiden alliierten Mächte getragen sind.

Leider scheint die Reichsregierung nicht viel getan zu haben, um die arrogante Politik der beiden Ententemächten zu unterbrechen oder zu stören. Glaubt sie der Meinung zu sein, daß ein aktives Eingreifen deutscherseits ohne Erfolg bleibe, so wäre es unbedingt nötig gewesen, an die unzufriedene achte Großmacht, an die öffentliche Meinung der Welt, erneut zu appellieren.

Scheidemann über den Friedensvertrag.

Görlich, 22. Sept. Reichstagsabgeordneter Scheidemann sprach gestern in einer Versammlung in der Stadthalle über die politische Lage. Er sagte u. a.:

Das Versailles Diktat ist auf der Alltagsarbeit Deutschlands aufgebaut. Diese Alltagsarbeit ist eine Lüge. Schuld waren alle Grobmächte, die einen mehr, die anderen weniger. Das Versailles Diktat ist ein Werk blinden Hasses. Es ist eine Schmach und eine Schande, daß man Tausende von Schwarzen in unser Land gebracht hat, für die wir Milliarden Unterbringungskosten zahlen müssen.

Unser Recht in Oberschlesien.

Berlin, 22. Sept. In der neuesten Nummer der europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung äußert sich der Reichskanzler Dr. Brüning über Oberschlesien, unserer größten Sorge, u. a.:

Danzigs Appell auf Polen.

Berlin, 22. Sept. Bei einem Besuch skandinavischer Journalisten in Danzig, soll der polnische diplomatische Vertreter in Danzig erklärt haben, daß im Augenblick zwar Danzig noch Ausland für Polen sei, daß dies aber anders werden würde in dem Augenblick, wo die wirtschaftlichen Grenzen zwischen Danzig und Polen aufgehoben werden.

Eine Genugtuung für Argentinien.

Riel, 22. Sept. In Erfüllung eines der argentinischen Regierung gegebenen Versprechens fand heute mittag im hiesigen Hafen auf dem Minenschiff „Hannover“ die feierliche Abführung der argentinischen Flaggae statt.

Auswärtige Staaten.

Der Eisenbahnerstreik in Wien.

Wien, 22. Sept. Der Eisenbahnerstreik dehnte sich im Laufe des Vormittags auf sämtliche Wiener Bahnhöfe aus. Die Streikenden, unter denen radikale Elemente die Oberhand gewonnen haben, lehnen den Regierungsvorschlag ab, nach dem zunächst die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse, ehe in Verhandlungen über die Erreichung der einmaligen Zuwendung im Sinne der Wünsche der Organisationen einge-

gangen werden könne. Die sozialistischen Gewerkschaften bemühen sich, den Streik beizulegen. Die Arbeiterzeitung veröffentlichte heute einen Aufruf der Zentralleitung der Eisenbahnergewerkschaft, die mittelst, die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Organisation wurden mit vollem Erfolg beendet.

Wie das Neue Wiener Tagblatt meldet, beschloß eine Versammlung der Telegraphen- und Telefonangehörigen wegen der Auszahlung von 4500 Kronen bis zum Freitag ein beschränktes Ultimatum an die Regierung zu richten.

Ende des Generalfreits in Nordfrankreich.

Paris, 22. Sept. Das Kreiskomitee in Roubaix-Tourcoing hielt gestern abend eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, den Generalfreit zu beenden. Nur die Gewerkschaften der Textil-, Metall- und Bekleidungsindustrie, im ganzen 60 000 Arbeiter, streiken weiter.

Absturz rumänischer Militärflugzeuge.

Paris, 22. Sept. Nach einer Meldung aus Bukarest wollte das Bombengeschwader, das aus fünf Flugzeugen besteht, auf Versuchswerten aufsteigen, als durch die Explosion einer heruntergefallenen Bombe die ganze Munition der Flugzeuge in Brand geriet.

Wirkung des Alkoholverbots in Nordamerika.

1. New York, 22. Sept. In San Franzisko ist die Zahl der Verhaftungen im ersten Alkoholverbotsjahr auf 26 847 von 49 847 im Jahre vorher gefallen. Der Polizeichef von Louisville berichtet, daß im ersten Nüchternheitsjahr die Verbrechen um 55 Proz. gefallen sind.

Im freien Amerika.

Paris, 21. Sept. Nach einer Meldung des „Matin“ aus New York weigerte die Polizei gestern einem bekannten Philantropen die Erlaubnis zur Verteilung von Broden an Arbeitslose, die sich auf dem Broadway verammelten hatten, zu geben.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Die Mörder Erzbergers in der Schweiz.

München, 22. Sept. Die Münchner Neuesten Nachrichten melden, eine Nachricht aus Genf stelle es als wahrscheinlich hin, daß die Mörder Erzbergers sich in die Schweiz geflüchtet haben und sich in der Ditschweiz aufhalten.

Singerverbot auf dem Mainzer Hauptbahnhof.

Berlin, 22. Sept. Da in letzter Zeit Gefangene und Musikanten aus dem unbesetzten Gebiet auf dem Mainzer Bahnhof deutsche Weisen zu Gehör brachten, hat die französische Vahnhofskommandantur ein allgemeines Verbot des Singens und Musizierens innerhalb des Hauptbahnhofes erlassen.

Verhaftung eines Sportkonzernhabers.

Berlin, 21. Sept. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Dresden wurde gestern der Inhaber des verfrachten Sportkonzerns Lampe, Willy Lampe, in Karlsbrunn verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Raubmord.

1. Neuhar, 22. Sept. Vorgestern nachmittag wurde der Direktor des Stickstoffindustrie der deutschen Ammoniakvertriebsvereinigung und der Benzolvereinigung Bochum, Emil Sohn, etwa 1 Kilometer von Neuhar (besetztes Gebiet) ermordet aufgefunden.

Tagesanzeiger.

- Freitag, den 23. September. Deutscher. Modellschau, Modellschauspiel und gefällige Zusammenkunft. 8. d. N. Mitgliederversammlung. Alte Brauerei Kammerer. 8 Uhr. Afa-Bund, Versammlung im Friedrichshof. 8 Uhr. Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften. Versammlung im Friedrichshof. 7 Uhr. Versammlung der Wohnungssuchenden. Saalbau. 8 Uhr. Colosseum. Variété. 8 Uhr. Volkstheater. Oberbayerisches Bauerntheater. Resipansorama. Konstantinopol. Residenztheater. Neues Programm.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Besucht die Volksbühne!

Einzig der Einzigeinung: Samstag, den 24. September. Auskunft Gartenstraße 4, täglich von 5-7 Uhr

### Ufa-Bund

(Arbeitsgemeinschaft dreier Angestelltenverbände).  
Am Freitag, den 23. d. Mts., pünktlich 8 Uhr 10 abends, findet im Saale des „Friedrichshofes“ eine

#### Verammlung

aller in Handel und Industrie beschäftigten Angestellten statt.  
Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden vor dem Landeskommissar.  
Wir bitten unsere Mitglieder, recht pünktlich zu erscheinen, da uns der Saal nur bis 7 Uhr zur Verfügung steht.  
Mitgliedsbuch am Saaleingang vorzeigen.  
Bund der lechn. Angestellten u. Beamten.  
Deutscher Werkmeisterverband.  
Zentralverband der Angestellten.

### Gewerkschaftsbund d. Angestellten

Ortsgruppe **U** Karlsruhe  
Geschäftsstelle: Kaiserstraße 26 III  
Telephon Nr. 4592  
Geschäftszeit von 7-1. 3-6 Uhr.

Freitag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr im Saale der alten Brancieri Kammerer, Waldhornstraße

#### große Mitgliederversammlung.

1. Bericht über die Einigungsverhandlungen vor dem Herrn Landeskommissar.  
2. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der Schlichtungsrichtlinien bzw. der Vereinbarung.  
Rechtloses Erscheinen unbedingte Ehrenpflicht.  
Der Vorstand.

### Höchst wichtig für Wohnungssuchende!

Wollt ihr Euer Interesse wahren bezüglich der bestehenden Wohnungsnot, so besucht ohne Verzug den 23. September, abends 8 Uhr, im „Saalbau“, Gottesauerstraße, stattfindende

#### Verammlung.

Tagesordnung: Schutz der Wohnungssuchenden und Verhinderung der bis jetzt zu Tage getretenen Mißstände und Vorkommnisse.  
Die Kommission.

### Herbst-Pferderennen in Achern

Sonntag, 25. Sept. nachm. 2 Uhr.  
Preis M. 39 000.— u. Ehrenpreise.  
1 Trabreiten.  
1 Galoppreiten.  
1 Hürdenrennen.  
4 Jodereiten (Bollblutrennen).  
Besitz der Plätze:  
1. Tribüne reserviert M. 30.—, 2. Tribüne einschließlich Sattelplatz M. 20; ferner 10.— und 5. Platzplätze.  
Während der Rennen konzertiert die Stadtkapelle Achern.  
Deffentlicher Totalisator.

### Verkauf von Kuchen- u. Marmeladeberei-tungs-Einrichtungen.

Infolge Aufhebung der kaiserlichen Krieges- und Marmeladebäckerei im Stadt-Schlachthof sind folgende gut erhaltene Kücheneinrichtungen zu verkaufen:  
1. 2 Schmelzöfen, doppelwandige Dampfdruckkessel von je 400 Liter Inhalt, Betriebsdruck 2 Atm., einschließlich Zubehör.  
2. 2 Dampfdruckkessel von je 500 Liter Inhalt samt wie vor.  
3. 1 Döhl- u. Kartoffelwaschmaschine mit 15 m Zrommellänge.  
Angebote auf obige Einrichtungen, welche während der üblichen Geschäftskunden im Stadt-Schlachthof besichtigt werden können, sind längstens bis zum 3. Oktober 1921 an die unterzeichnete Stelle zu richten.  
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt  
Abteilung für Maschinenbau,  
Karlsruhe, Kaiser-Allee 11.

### St. Nepomuk.

Novelle von Toni Rothmund.  
(Nachdruck verboten.)  
(4)

Viel Zeit zum Lernen bekam er jetzt auch nicht und niemals war er verslässener, als an dem Tag, da er in langen Hosen zum erstenmal zum Tisch des Herrn treten und vor der Gemeinde Herrschaften, wo ihn niemand groß kannte und er keinen was anging, Zeugnis vor seinem Christentum ablegen mußte. Er hatte es nicht gemüht und nicht erwartet, daß jemand von seinen Leuten zu seinem Ehrentag kommen würde. Aber alle anderen gingen nun zu Verwandten und wurden ein wenig gefeiert, und gehörten nun zu den Erwachsenen. Bei ihm war davon nicht die Rede. Er hatte kein Zuhause.

In diesen Jahren kreiste um das dunkle, traurige Schloß keine dunkle, traurige Sehnsucht. Jene Wandervögel hatten gefügt, es sei schön. Und an seinem Konfirmationstage machte er sich auf den Weg, nicht um seine Angehörigen zu besuchen, sondern um das alte Schloß wieder zu sehen. Lange, lange sah er verborgen in der alten Erde und schaute zu seinem Schloß hinüber. Träume wiegen ihn, Gesichte wurden ihm geistlich. Er sah sein Schloß in Jugend und Schönheit und sich selbst als kleinen Gräflin, „in Samtgewand, verbrämt mit Weiz“, wie es in seinem Verlobung vom Konradin stand. Die schmutzigen Mauern des Schloßes aber waren rein und jung und der See klar wie ein Gottesauge.

Und nun miedten sich seltsam Traum und Wahrheit! Bürgermeisters Anna kam nämlich des Weges daher, blieb am Ufer stehen und

### Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften.

Am Freitag, 23. d. Mts., findet abends 7 Uhr, im großen Saal des Friedrichshof eine

### Verammlung

Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar.  
2. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der neuen Feuerungsanlagen.  
Es ist selbstverständliche Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Mitglieder auswärtsweise mitbringen.  
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband Ortsgruppe Karlsruhe.  
Verband der weiblichen Handels- u. Bureauangestellten. Ortsgruppe Karlsruhe.

### Die Geschäftsräume

der Groß-Verwaltungsbüro befinden sich von heute an in Baden, Richtenhaller Allee 6. Telefonanschluß Nr. 1512.

### Sauptmarkt

für  
Mast-, Auf- und Jungvieh, Pferde, Ferkel und Geflügel  
im Stadt-Viehbof u. in der Gottesauer Kaserne  
Sonntag, den 25. Sept., vormittags 9-11 Uhr: Auktion und Versteigerung der Tiere, nachmittags: Ausstellung.  
Montag, den 26. September, von 9-4 Uhr: Markt.  
nachmittags 3 Uhr: Preisverteilung in der Meißhalle der Gottesauer Kaserne.  
Eintrittspreise: Sonntag 2 M., Montag 1 M., Donnerstag 5 M.  
Eingang u. Kassen an der Durlacher Allee u. Viehbof.  
Sonntag, den 25. und Montag, den 26. Sept.

### Geflügel-Markt

in der Meißhalle der früheren Artilleriekaserne Gottesauer  
Verkauf von Hähnen- und Schlachtgeflügel. — Glückshafen.

### Beim alten Bahnhof

sind  
leistungsfähige Geschäfte  
aller Art.  
Diese laden zur  
Besichtigung Ihrer außer Wettbewerb dekorierten Schaufenster  
höfl. ein und bitten bei Einkauf um gefl. Berücksichtigung.  
Richard Freund,  
Konditorei und Kaffee.  
Rudolf Günther,  
Herren- u. Damentisurgeschäft.  
Wilhelm Hacker,  
Schuhhaus Baden.  
Wilhelm Hege,  
Feinkosthandlung.  
Oskar Kirschke,  
Uhrenhaus.  
Heinrich Körner,  
Herrenartikel.  
Friedrich Töpfer,  
Zigarrenhaus.  
Karl Wagner,  
Tapetenhandlung.

### Städt. Freibant Fleischabgabe

Samstag 9-10 Uhr  
Nr. 1201-1260.

### Unterricht

Franz. Unterricht.  
Junger Herr wünscht franz. Privatunterricht. Angeb. unter Nr. 7897 ins Legebüro erbet.

### Englische Abende

Sprechstunden engl. Sprache (klass. u. mod.) durch erfahrene Lehrerin, abg. Engländerin. Zeit nachfolg. Tee u. Unterhaltg.  
E. Seepe,  
Bestandstraße 49, III.

### Klavier-Unterricht

Konkretorisch befäh. Musiklehrerin empfiehlt sich im Einstudieren und Begleiten von Gesang und Violine. Plägers Baldstraße 65, 3. Etod.

### Pfannkuch & Co

Einige Waggon Bodensee-Obst  
Apfel und Birnen  
M. 1.60  
bei 5 Pfund  
M. 1.55

### Sung!

Bekanntungen auf Spitzkerfeln und Silberfranz nimmt gerne entgegen:  
Alfred Maurer,  
Gehäufel,  
Eigene Fuhrwerk vorh.

### Färberei Schmitt

färbt und reinigt in sauberer Ausführung  
Annahmestellen:  
Sämtliche Läden der Wäscherei Schorpp.

### Kirchweih Blaukenloch Gaffhaus zur Blume

Sonntag u. Montag, den 25. und 26. September  
große Tanz-Unterhaltung mit gut besetztem Streichorchester  
wora freundlich einladet:  
Wilhelm Dörflinger.

### Sport- und Spiel-Sport

1. Athl. Sport-Klub Germania-Sportfreunde Karlsruhe.  
Samstag, 24. September abends 1/2 8 Uhr Monatsversammlung im Lokal zum Nußbaum.  
F. C. Baden  
Fußballabteilung  
Sonntag, 25. September  
Verbandsspiel in Hagsfeld.  
Der Vorstand.

Die Sportbeilage des „Karlsruher Tagblatt“ ist in der lokalen Berichterstattung über die sportlichen Angelegenheiten vorübertriffen.

Karlsruher Fußballverein, E. V.  
Schirmherr: Prinz Max von Baden.  
Samstag, 24. September 5 Uhr:  
V.f.B. Liga gegen K. F. V.  
Vorabend 4 Uhr: Schüler V.f.B.—K. F. V. (Aufnahmen, Zahlungen, Mitgl.-Kart. Mitw., Samst., Sonntag, auf d. Platz beim Jugendleiter).  
Voranzeige: Sonntag, 2. Oktober 1. F. C. Pforzheim gegen K. F. V.  
Samstag, 8. Oktober 8 Uhr im Moninger außerordtl. Mitgliederversammlung

K. F. C. PHÖNIX PHÖNIX-ALEMANNIA Sportplatz: Fasanengarten. Samstag, 24. September nachmittags 4 1/2 Uhr  
Schluß-Pokal-Spiel der A. H.-Runde gegen 1. F. C. Pforzheim  
F. C. Phönix im Fasanengarten. Sonntag, 25. September nachmittags 3 Uhr im Fasanengarten  
2. Liga-Spiel gegen F. C. Frankonia  
9 Uhr: IV. Mannschaft gegen Frankonia IV.  
10 1/2 Uhr: III. Mannschaft gegen Frankonia III.  
11 1/2 Uhr: II. Mannschaft gegen Frankonia II. im Fasanengarten.  
12 1/2 Uhr: V. Mannschaft gegen Frankonia V.  
9 Uhr: VII. Mannschaft gegen Frankonia VII.  
10 1/2 Uhr: VI. Mannschaft gegen Frankonia VI. auf Frankonia-Platz.

### KARLSRUHER HERBSTWOCHE 1921

MODEAUSSTELLUNG  
MODESCHAU  
IM THEATERSCHAUSPIEL  
Reunion  
MIT TANZVORFÜHRUNGEN 23. SEPT.  
Eröffnung der Ausstellung am 23. September, 4 Uhr nachmittags. 4-5 Uhr nachm. Promenadenkonzert. 5-7 Uhr Modeschau mit Künstlerkonzert. 7.30-9 Uhr Modeschauspiel.  
Am 24. September:  
10-12 Uhr vorm. n. 2-4 Uhr nachm. Tagesbesichtigung der Ausstellung zum ermäßigten Eintrittspreis v. 5 Mk. 6-7 Uhr Promenadenkonzert. 7-9.30 Uhr Modeschau mit Künstlerkonzert. 9.30-11 Uhr Modeschauspiel.  
Restauration bei allen Veranstaltungen.  
Karten für alle Veranstaltungen sind im Vorverkauf beim Verkehrsverein erhältlich.

### Festhalle Karlsruhe.

Heute wurde uns ein Sohn TOBIAS geboren.  
Karlsruhe, den 22. September 1921.  
Frau Erika Nöldeke-Christaller,  
Amtsrichter Dr. Alexander Nöldeke.

### Empfehlungen

Ihr Passbild  
in wenigen Minuten  
mit im Photogaph  
Kistler, Derrnstr. 38.

### Damenhüte!

aparte Neuheit. in Ante. Seide, Stoff u. Borde. das ganze Jahr zu tragen. m. flott. Garnit. von 12.— an.  
Modes - Müller.  
am Durlacher For. Gottesauerstraße 3 u. 2.

guckte sehnsüchtig nach den Wasserrosen hinüber, die da mitten im See wuchsen. In diesem Augenblick begegnete sich ihre Gedanken mit denen des armen Hänslerbuben. Sie dachten beide, daß ein Kranz von Seerosen in ihrem hellen, lockigen Haar gut aussehen müßten. Franz Anton ruckte von der Erde herunter, sah das kleine Fräulein an und sagte: „Wollst sie ha? Ich hol dr. je.“ Und schon hatte er den Kopf abgeworfen und kramelte die neuen Hosen unbarmerzig in die Höhe, und watete in den See hinein.

Bürgermeisters Anna war damals ein Kind von etwa elf Jahren und verwöhnt wie eine Prinzessin. Als sie das Waqnis mit anfaß, rief sie herrlich: „Das es, Franz Anton. Sie sind zu weit drinnen! Du extrink!“ Aber wenn auch dabei alles ein wenig zu sehr nach Fräulein Annas Willen ging, der Franz Anton kehrte sich gar nicht an ihre Worte.

Das Wasser war indessen viel tiefer, als er gedacht hatte, und diesmal hätte Bürgermeisters Anna wohl recht getriegt und Franz Anton's Lebensgeschichte hätte hier ein vorzeitiges Ende gefunden, wenn nicht wieder zufällig der Herr Krennpelzer mit seinem Bruno dahergekommen wäre. Gerade eben war der Bus unter der Oberfläche des Wassers verschwunden, und Anna fand am Ufer und brüllte mörderisch. Die Schloßherrschaft kam auch dazu gerannt, es war ein ganzer Aufwand. Und wer weiß, wie die Sache ausgegangen wäre ohne Herrn Krennpelzers Bruno. Dieser begriff die Schlinge schneller als alle Menschen, sprang in den See und schleppte den halb toten Bus ans Land, wo ihn Herr Krennpelzer vollends heranzog. Er spruckte, prustete, schüttelte sich mit Bruno um die Wette. Annas weißes Kleid bekam ein hübsch getupftes Aussehen, aber daraus machte

sie sich nichts. Denn in der Hand hielt der Bus die Wasserrosen, drei Stück und eine Knospe. „Dal!“ sagte er, als er notdürftig wieder zu sich kam, steckte der Anna die Blumen in die Hand und lächelte. Wie er aber den Luftstand um sich herum sah und die laute grobe Stimme seiner Mutter hörte, und das Hohngelächter der dreizehn schwarzbeplzten Bräutigams und der roten Kerkerbrut, und Herrn Krennpelzers frägendes Gesicht, da machte er plötzlich kehrt, ergriff seine Jacke und rannte davon, ohne über seine Lebensrettung viel Worte zu machen. Es lag ihm wohl nicht so viel am Leben, daß er es dankenswert erachtete. In Seebach aber sagten sie „Ankrant vergeht nicht, lo ein Eugenichied hat sieben Leben wie eine Kat.“ Und Herr Krennpelzer fragte sich, ob die vielen Prügel, die der Franz Anton bezogen hatte, nicht zum Teil wenigstens verdient gewesen seien.

In Franz Anton's Leben, das so dumpf und freudlos war, fiel ein neues Licht. Von diesem Tage an liebte er Bürgermeisters Anna und er schämte sich, daß er wie ein naßer Klotz vor ihr gestanden hatte. Und seine Träume schmückten sie mit den festgewandern einer Prinzessin, und da er nie eine solche gesehen hatte, durfte er sie sich so herrlich ausmalen, wie er Lust hatte. Und er hatte das verschwundene Schloß erlöst, und die Prinzessin gewonnen, und wohnte mit ihr darin in Pracht und Glüd. Das waren so seine Träume und sie waren ebenso töricht wie vermessene, denn in Wirklichkeit hand Bürgermeisters Anna ebenso hoch und unerreichbar über ihm, als wenn sie in der Tat eine Prinzessin gewesen wäre, und das Schloß, in dem er geboren worden, war kein garliches Armenhaus. Er aber war des Gemeinderchners Kofkind, und es würde nie etwas anderes aus ihm werden als ein Bauernknecht.

Das Leben rollte weiter und in Seebach hatte man den Franz Anton Eugenichied ganz vergessen. Wer hätte etwa an ihn denken sollen? Der Herr Krennpelzer hatte seine Fischerei und Bürgermeisters Anna ging in die Fächerschule und wurde sehr geliebt. Im Pfahlbau hatten sie vollends andere Dinge in den Kopf zu nehmen. Eugenichieds und Kiefers hatten jedes Jahr einmal Laufe, und wenn die Eugenichiede auch nicht gerade zart mit ihrer Wut umging, lo gab sie doch keinen Anlaß mehr, ihr eines der Kinder wegzunehmen. Bräutigams waren ausgezogen, denn die älteren Kinder waren nun erwachsen und gingen schon in die Fabrik und verdieneten. Dafür war ein junges Ehepaar gekommen, das allen Schloßbewohnern reichlich Stoff zum Gespräch bot. Das war der sechzigjährige Rufelart mit seiner Gelieliebten, der hinkenden Theres. Er hatte bisher in einem abgelegenen Straßenarbeiterwagen draußen in der Kiesgrube gehaust und sich durch Bettel und Flurirevel so schlecht und recht durchgebracht. Sie und da brachte ihm jemand ein ganz verzweifeltes Paar Schuhe zum Kliden, und da er nicht heidel und auch nicht teuer war, bot ihm sein Handwerf ein ganz hübsches Nebeninkommen.

Die Theres hatte einen schautelnden Gang, denn an beiden Hüftgelenken war ihr die Kugel aus dem Schüßelchen geprüngen und außerdem hatte sie einen sechsjährigen Buben und bislang noch keinen Mann. Darum war sie ihrerseits auch nicht anpruchsvoll.

Eines Tages hatte ihr der Rufelart ein Gemb zum Waschen gebracht. Nun, er hatte ja Geduld, aber wenn einer nur zwei Demden besitzt, dann ist es verzeihlich, wenn er schließlich drängt. Nach etwa sechs Wochen ging der Rufelart wieder zu ihr hin.

Fortsetzung folgt.